1027 1027 1031 290 500 532	FESTSETZUNGEN NACH DEM BAUGESETZBUCH (BAUGB) UND NACH DER BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO)	FESTSETZUNGEN NACH DEM BAUGESETZBUCH (BAUGB) UND NACH DER BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO)	FESTSETZUNGEN NACH DEM BAUGESETZBUCH (BAUGB) UND NACH DER BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO)	Der Rat der Stadt Bergkamen hat am 07.11.2007 gemäß § 2 BauGB die erneute Änderung des Bebauungsplanes beschlossen.	Der Aufstellungsbeschlussist gemäß § 2 (1) BauGB am im amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. der Stadt Bergkamen ortsüblich bekannt gemacht worden.
1071 33 1062 1094 Oments traße 403 403 403 404 409 409 400 400	Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1Bau GB sowie § 2 — § 11BauNVO) WA Allgemeines Wohngebiet	Grünflächen (§ 9 Abs. 1Nr. 15 und 20 BauGB)	Kennzeichnungen gemäß 9 (5) Nr. 2 BauGB 1. Das Plangebiet unterliegt bergbaulichen Einwirkungen. Die Bauherren sind gehalten, im Zuge der Planung zwecks evtl. notwendig werdender Anpassungs— und Sicherungsmaßnahmen mit der	Bürgermeister Schriftführer	Der Bürgermeister
	Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1Nr. 1BauGB sowie § 16 bis § 21a BauNVO)	Öffentliche Grünflache — Verkehrsgrün	Deutschen Steinkohle AG, Herne, Kontakt aufzunehmen. Textliche Festsetzungen	Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB wurde in Form einer Bürgerversammlung am 10.08.2006 und anschließender Auslegung bis einschließlich 25.08.2006 durchgeführt.	Der Rat der Stadt Bergkamen hat am gemäß§3(2)BauGB die öffentliche Auslegung der Änderung beschlossen.
	0.4 Grundflächenzahl (GRZ) — § 19 BauNVO 0.8 Geschossflächenzahl (GFZ) — § 20 BauNVO Hächetgeere des Zahl des Vellgeerebeere	SonstigeFestsetzungen	Kellergeschosse 1. Im WA—Gebiet ist gem. § 1BauNVO die Wohnnutzung im Kellergeschoss ausgeschlossen. Wegen des Verbotes des Eingriffes in das Grundwasser sind Gebäudeteile gem. § 9 Abs. 2 BauGB unterhalb des Gebäudeniveaus nicht zulässig. Ausnahmsweise können Gebäudeteile mit wasserdichter Ausbauweise als sog. "Weiße Wanne" zugelassen werden.	Der Bürgermeister Der Entwurf der Änderung mit der Begründung hat in der	Bürgermeister Schriftführer Ort und Dauer der Auslegung sind gemäß § 3 (2) BauGB am im amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr.der
	II Höchstgrenze der Zahl der Vollgeschosse FH Höchstgrenze der Firsthöhe Maximale Höhe baulicher Anlagen in m über Straßenniveau	Grenze des Änderungsbereiches	2. Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen ist nur eine Nebenanlage im Sinne des § 14 (1) BauNVO pro Hausgrundstück bis max. 30 m³ umbauten Raums zulässig.	Zeit vom bis einschließlich gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegen. Der Bürgermeister	am im amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr.der Stadt Bergkamen ortsüblich bekanntgemachtworden. Der Bürgermeister
	Bauweise, Baulinie — Baugrenze (§ 9 Abs. 1Nr. 2 BauGB sowie § 22 und § 23 BauNVO)	Festsetzungen auf der Grundlage der Landesbauordnung (BauO NRW) (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 Abs. 1 und Abs. 4 der Bauordnung für das Land NRW) SD Satteldach	Gestalterische Festsetzungen Nach § 9 Abs. 4 BauGB i. V.m. § 86 Abs. 4 BauONRW 1. Gestaltung, Begrünung und Bepflanzung der Stellplätze und ihrer Zufahrten	Der Rat der Stadt Bergkamen hat am gemäß§10 BauGB diese Änderung als Satzung beschlossen.	Der Satzungsbeschluss vom ist gemäß § 10 (3) BauGB am im Amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. der Stadt Bergkamen als ortsüblich bekannt gemacht worden.
SD,WD 32°-45° FH ≤ 9,00 m	Nur Einzel— und Doppelhäuser zulässig Baugrenze	WD Walmdach 32°-45° = Dachneigung Die festgesetzen Dachformen beziehen sich nicht auf Nebenanlagen im Sinne von §14 BauNVO und Garagen.	Die Stellplätze und ihre Zufahrten sowie die Zufahrten zu Garagen und privaten Wegen auf den Baugrundstücken sind mit geringem Versiegelungsgrad (z.B. Schotterrasen, breitfugiges Pflaster)	Gemäß § 10 (3) BauGB in Verbindung mit § 7 (4) der	Der Bürgermeister Die Planunterlage entspricht den Anforderungen
850 P V 6RÜ 412	Verkehrsflächen	Hinweise	Die Einfriedigung darf an der vorderen Straßenseite eine Höhe von 1,0 m nicht überschreiten. Rückwärtig zwischen den Grundstücken darf eine Höhe von 2,00 m nicht überschritten werden. 3.Dacheindeckung Als Dacheindeckung sind nur Dachziegel oder Betondachsteine in der Farbe "rotbraun" oder "anthrazit" zulässig	Gemeindeordnung NW wird die Änderung mit dem Tage der ortsüblichen Bekanntmachung rechtsverbindlich. Der Bürgermeister	des § 1der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBL.INr. 3). Der Bürgermeister
23	(§ 9 Abs. 1Nr. 4 und 11BauGB) Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen Straßenverkehrsfläche	1. Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur— oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräber, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt als Untere Denkmalbehörde und / oder dem Westfälischen Museum für Archäologie, Außenstelle Olpe, unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte ist mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§ 15 und § 16 Denkmalschutzgesetz NRW). Der Landschaftsverband Westfalen—Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monate in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NRW). 2. In jedem Einzelfall ist zu prüfen, ob das Niederschlagswasser, Dachentwässerung von Gebäuden und Gebäudeteilen	4. Außenwände Die Außenwände der Gebäude sind nur als Putzflächen zulässig. 5. Eingangsvorbauten Eingangsvorbauten sind unzulässig. Vordächer sind nur als freitragende Konstruktion bis max. 1,0 m Tiefe	der Gebäude sind nur als Putzflächen zulässig. suten ren sind unzulässig. Vordächer sind nur als freitragende Konstruktion bis max. 1,0 m Tiefe agen rer fahren richtet sich nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der vom 23.09.2004 (BGBL.IS. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 gsverordnung (BauNVO) in der Neufassung vom 23.01.1990 (BGBL.IS. 132), zuletzt geändert sicesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von 122.04.1993 (BGBL.IS. 466), nverordnung vom 18.12.1990 (BGBL.1991 IS.58), Festsetzungennach Landesrecht (§ 9 (4) BauGB) Der Bebauungsplan besteht aus die sem Blatt.	
	P Parkfläche (öffentlich) verkehrsberuhigter Bereich —		zulässig. Rechtsgrundlagen		
	Fuß— und Radweg	sowie die Flächenent wässerung von Grundstücksteilen (z.B.Terrassen oder Stellplätze) vermindert, verlangsamt bzw. verringert (z.B. Durch Regenwasserzisternen) weitergegeben werden kann bzw. eine Wiedernutzung als Brauchwasser möglich ist. 3. Die im Plangebiet dargestellten Höhen sind Bestandsdaten.	—Das Änderungsverfahren richtet sich nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBL.IS. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBL.IS. 3316), — der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Neufassung vom 23.01.1990 (BGBL.IS. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22.04.1993 (BGBL.IS. 466), — der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990 (BGBL. 1991 IS. 58), Festsetzungen nach Landesrecht (§ 9 (4) BauGB) basieren auf der Bauordnung für das Land Nordrhein—Westfalen (BauONRW) vom 07.03.1995 (GVNRW S. 218,		
8 607 606 7 8 7 8 379 569			ber. S. 982) zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.05.2000 (GV NRW S. 439).	Maßstab 1:1000	